



READER

# Auslandseinsätze der Bundeswehr

- Afghanistan, Irak, Syrien -

von  
Hilde Mattheis, Vorsitzende DL21  
Stand: März 2018



## **Inhalt**

Einleitung

Afghanistan-Konflikt

Irak-Konflikt

Konflikt: Türkische Regierung vs. YPG

Pressemitteilung: „Mattheis: Wir stolpern konzeptionslos in verstärkte Militäreinsätze“

## Einleitung

Am 22. März 2018 hat der Bundestag eine ganze Reihe von Auslandseinsätzen verlängert bzw. erweitert:

- Einsatz der Bundeswehr im Irak (ausgeweitet von Kurdistan-Irak auf den ganzen Irak)
- Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Operation Resolute Support in Afghanistan
- Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Operation SEA GUARDIAN im Mittelmeer
- Beteiligung der Bundeswehr an der UN-Mission UNMISS im Südsudan
- Beteiligung der Bundeswehr an der Mission von UNO und Afrikanischer Union UNAMID in Darfur

Diese Mandatsverlängerungen und die Intervention der Türkei in Afrin haben uns als Forum DL 21 dazu veranlasst, einen eigenen Reader zu den unserer Meinung einigen ausgewählten Krisen her auszubringen.

In Afghanistan sind deutsche Soldaten seit 2001 im Einsatz – und ein Ende ist bislang nicht in Sicht. Auch wenn es seit 2001 einige Verbesserungen im Land gegeben hat, so ist die Lage vor Ort nach wie vor alles andere als gut: Die Taliban haben einige Teile des Landes wieder unter ihre Kontrolle gebracht, seit 2005 steigt die Gewalt im Land erneut an und auch der Lebensstandard liegt mehr als 17 Jahre nach dem Einmarsch der Internationalen Gemeinschaft und der Zusammenarbeit beim Wiederaufbau weltweit auf den hinteren Rängen.

In Afrin ist die Türkei Anfang des Jahres mit der Begründung, die kurdischen Milizen in Syrien zerschlagen zu wollen, einmarschiert. Der wahre Grund liegt aber wohl eher in dem Bestreben, die Autonomiebewegung der Kurden in der Region zu unterbinden. Türkische Truppen haben die syrische Provinz am 18. März 2018 eingenommen. Bei dem Vormarsch kamen auch deutsche Waffen zum Einsatz. Selbst als die Operation bereits lief, wurden noch Rüstungsexporte in die Türkei genehmigt. Da die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung Waffenlieferungen in Krisengebiete untersagen, ein höchst fragwürdiges Vorgehen. Außenminister Maas hat den Angriff der Türkei als völkerrechtswidrig benannt. Und auch die EU hat sich auf ihrem Gipfeltreffen mit der Türkei am 26. März besorgt über das Vorgehen der Türkei in Afrin gezeigt. All diese Äußerungen blieben bislang jedoch ohne Konsequenz

Ähnlich wie Afghanistan ist auch der Irak seit dem Einmarsch der USA und ihrer Verbündeten nicht zur Ruhe gekommen. Die Sicherheitslage im Land ist nach wie vor prekär. Der Krieg gegen den Terror hat im Irak den Aufstieg der Terrororganisation IS überhaupt erst ermöglicht. Um der Ausbreitung des IS entgegenzuwirken, bildet die Bundeswehr seit 2015 Sicherheitskräfte in der Region Kurdistan-Irak aus, die sich der Terrormiliz entgegenstellen. Diese Ausbildungsmission wurde nun auf den gesamten Irak ausgeweitet.

Unser Ziel ist es, Krisen friedlich zu lösen. Wir haben uns nicht nur in Veranstaltungen und unseren Programmbausteinen usw., sondern auch in Pressemitteilungen entsprechend positioniert. So haben wir gefordert, [keine Waffen in Konfliktzonen](#) zu liefern und stattdessen [mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Krisenprävention](#) bereitzustellen; wir haben uns skeptisch über die [Beteiligung am Kampf gegen den IS mit militärischen Mitteln](#) geäußert und die [Verlängerung der laufenden Mandate](#) kritisiert.

## Afghanistan-Konflikt

### Begründung für Krieg in Afghanistan

#### Kampf gegen den internationalen Terrorismus

Unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September wurde die Intervention in Afghanistan mit der Abwehr der Terrorgefahr und mit der Solidarität mit den USA begründet.

#### *OEF*

Dafür gab es die Mission „Operation Enduring Freedom“ (Operation andauernde Freiheit). Die Beteiligung der Bundeswehr wurde am 16. November 2001 vom Bundestag beschlossen. Zu der Operation gehörte nicht nur der Einsatz in Afghanistan, sondern auch am Horn von Afrika mit Seestreitkräften oder in Kuwait mit Fuchs-Spürpanzern. Als Grundlage für den Einsatz dienten die Resolutionen 1368 und 1373 des UN-Sicherheitsrates sowie der Art. 51 der UN-Charta, in dem das Recht auf Selbstverteidigung festgeschrieben ist.

#### *ISAF*

Wenige Wochen später, am 22. Dezember 2001, beschloss der Bundestag die Beteiligung an der so genannten Schutz-Mission für Afghanistan (ISAF). Ziel der ISAF Mission war es, die afghanische Regierung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu unterstützen. Durch den Schutz der afghanischen Staatsorgane, des Personals der UNO und von Hilfsorganisationen sollte der Wiederaufbau des Landes gewährleistet werden. Dabei ging es auch um die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte (Afghan National Army, ANA; Afghan National Police, ANP). Rechtliche Grundlage für diesen Einsatz war die UN-Sicherheitsratsresolution 1386

#### Kritik an OEF

Mit fortlaufender Dauer des Einsatzes rückte OEF immer weiter in die Kritik. 2007 regte sich in der SPD-Fraktion deutlicher Widerstand gegen OEF. Das hing zum einen mit der Kriegführung der USA und den dadurch zu beklagenden zivilen Opfern zusammen. Zum anderen wurde argumentiert, sechs Jahre nach dem 11. September 2001 könne man sich nicht mehr auf das Recht auf Selbstverteidigung berufen. Daher plädierten Kritiker von OEF dafür, die deutsche Beteiligung an der Mission zu beenden. Die Beteiligung an ISAF sollte dagegen fortgeführt werden, um den Wiederaufbau des Landes voranzutreiben.<sup>1</sup>

Nachdem sich im Land die ersten Erfolge eingestellt hatten (Wiederaufbau von Schulen, Verbesserung der Rechte von Frauen, Gesundheitsversorgung etc.) wurde die Fortführung von ISAF zunehmend auch mit dem Wiederaufbau des Landes begründet. Es wurde darauf verwiesen, dass Schulen wiederaufgebaut worden seien und ein Drittel der Mädchen nun wieder in die Schule gehen können.

---

<sup>1</sup> <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/getFullPDF/13906>

ten, dass es Fortschritte im Bereich der Frauen- und Menschenrechte gebe, die Gesundheitsversorgung sich verbessert habe und die Infrastruktur des Landes wieder aufgebaut worden sei. Diese Erfolge dürften durch einen Abzug der internationalen Truppen nicht gefährdet werden.

### Resolute Support

2014 wurde der ISAF-Einsatz beendet und die Resolut-Support-Mission abgelöst. Bei letzterer geht es um die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte.

Der Einsatz ist Ende März 2018 im Bundestag um ein Jahr verlängert worden. Dabei wurde die Obergrenze auf 1.300 aufgestockt. Dies begründet die Bundesregierung mit der verschärften Bedrohungslage in Afghanistan. Es seien mehr Soldaten notwendig, um jene zu schützen, die die afghanischen Sicherheitskräfte ausbilden.<sup>2</sup>

### **Die Lage in Afghanistan nach der Intervention**

Tatsächlich ging es unmittelbar nach der Niederschlagung des Taliban-Regimes in Afghanistan, ab 2002 bergauf. Allerdings hat sich die Sicherheitslage seit 2005 wieder verschlechtert. In anderen Bereichen (Wirtschaft, Gesundheitsversorgung und Bildung) stagnierte die Entwicklung teilweise oder liegt nach wie vor weit unter dem weltweiten Durchschnitt.

### Sicherheitslage

Bis 2005 verbesserte sich die Sicherheitslage im Land. Von da an nahmen aber sowohl die Kämpfe als auch die Zahl der Anschläge wieder zu.

In einem Bericht der UNO zum Krieg in Afghanistan heißt es, dass 2017 das vierte Jahr in Folge mehr als 10.000 Zivilisten im Land getötet oder verletzt worden sind. Allerdings sank die Gesamtzahl der Opfer im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 9%. Das lag allerdings auch daran, dass die Taliban ihre Herrschaft über bestimmte Gebiete konsolidiert haben und es in den Gegenden, die sie voll kontrollieren keine Kämpfe mehr gibt – ein zweifelhafter „Erfolg“ also. Laut UN-Bericht ist ein weiterer wesentlicher Grund für den Rückgang der Opferzahlen, dass die afghanische Armee besser auf Zivilisten Rücksicht nimmt und nicht mehr willkürlich schwer steuerbare Geschosse in dicht besiedelte Gebiete feuert. Insgesamt hat dafür laut dem Bericht insbesondere die Zahl der Opfer von Selbstmordanschlägen zugenommen - und zwar um mehr als 17%.<sup>3</sup>

### Bildungswesen

Die Einschulungsrate stieg zwischen 2005 und 2007/08 von 37% auf 52%, die Alphabetisierungsrate bei den 15- bis 24-Jährigen von 31% auf 39%. Die Zahl der afghanischen Schülerinnen und Schüler stieg von rund 1 Mio. im Jahr 2001 auf rund 7 Mio. 2010. Der Anteil der Schülerinnen in Grundschulen von stieg von 0% im Jahr 2001 auf 38% im Jahr 2008.<sup>4</sup>

Allerdings ist die Bildungslage im Land nach wie vor nicht gut. Laut einem Bericht von Human Rights Watch besuchen nach wie vor zwei Drittel der Mädchen keine Schule. In einigen Teilen des Landes ist der Mädchenanteil in Schulen Human Rights Watch zufolge sogar rückläufig. Insgesamt können

---

<sup>2</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/einsatz-der-bundeswehr-afghanistan-bericht-der-bundesregierung-zeichnet-duesteres-bild/21039082.html>

<sup>3</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan-631.html>

<sup>4</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/240050/7fac3ec5b0dddaaa12c932d5a0b44efc/fortschrittsbericht-2010-data.pdf>

nach wie vor nur 37% der weiblichen Jugendlichen lesen und schreiben, gegenüber 66% bei den männlichen Jugendlichen.<sup>5</sup>

### Wirtschaft

Afghanistan gehört nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt. Das BIP lag im Jahr 2016 bei geschätzten 18,8 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich dazu: Das BIP von Deutschland liegt bei über 3 Billionen US-Dollar (mehr als 170 Mal so hoch wie das von Afghanistan). Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2017 bei 1.900 US-Dollar (in Deutschland liegt es bei rund 50.000 US-Dollar).<sup>6</sup>

Die aktuellsten Zahlen für die Arbeitslosenquote stammen aus dem Jahr 2008. Damals lag sie bei 35%.<sup>7</sup>

2011 lebten rund 36% der Menschen in Afghanistan unterhalb der Armutsgrenze.<sup>8</sup>

### Gesundheitsversorgung

Laut der Weltgesundheitsorganisation gibt es in Afghanistan mehr als 2.200 Ambulanzen, die für den Großteil der Menschen auch erreichbar sind. Aber gut die Hälfte davon befindet sich in einem schlechten Zustand: Es fehlt an Strom, Hygiene und Sicherheit: So haben wegen der Kämpfe 130 Ambulanzen schließen müssen.<sup>9</sup>

Die Säuglingssterblichkeit im Land nimmt zwar kontinuierlich ab, ist aber mit 111 Todesfällen auf 1.000 Geburten noch immer die höchste weltweit. Bei der Müttersterblichkeit liegt Afghanistan auf Rang 28.<sup>10</sup> Die Lebenserwartung ist vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2015 von 55,5 auf 63,3 Jahre gestiegen.<sup>11</sup>

### Lebensbedingungen

Die Trinkwasserversorgung hat sich von 2000 bis 2015 verbessert. Während im Jahr 2000 nur rund 30% der Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser hatten, waren es im Jahr 2015 rund 55%. Damit liegt Afghanistan deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt.

Der Zugang zu sanitären Anlagen ist ebenfalls gestiegen – von rund 23% im Jahr 2000 auf rund 32% im Jahr 2015. Allerdings liegt auch hier Afghanistan deutlich unter dem weltweiten Schnitt von etwa 50%.<sup>12</sup>

---

<sup>5</sup> <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/afghanistan-zwei-drittel-der-maedchen-gehen-nicht-zur-schule-a-1173279.html>

<sup>6</sup> <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/af.html>

<sup>7</sup> <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/af.html> und <https://www.laenderdaten.de/wirtschaft/arbeitslosenquote.aspx>.

<sup>8</sup> <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/af.html>

<sup>9</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan-639.html>

<sup>10</sup> <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/af.html>

<sup>11</sup> <https://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-afghanistan.pdf>

<sup>12</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-bericht-wer-keinen-zugang-zu-sicherem-trinkwasser-hat-a-1159547.html> und <https://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-afghanistan.pdf>

## Irak-Konflikt

### Beginn des Irak-Kriegs

Nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001, bezichtigte die US Regierung die irakische Führung über Kontakte zum Terrornetzwerk Al-Qaida zu verfügen und dieses zu unterstützen. Gleichzeitig sollte das von Saddam Hussein geführte Regime über Massenvernichtungswaffen verfügen und eine Bedrohung für die weltweite Sicherheit darstellen. Ergebnislos durchsuchten UN-Waffenspezialisten monatelang den Irak. Stichhaltige Beweise für die Vorwürfe ließen sich bis heute nicht finden. Eine diplomatische Lösung des Konflikts scheiterte. Die US-Regierung stellte dem irakischen Diktator ein Ultimatum, sein Land binnen 48 Stunden zu verlassen. 90 Minuten nach Ablauf dieses Ultimatums, begann am 20. März 2003 ein großangelegter Angriff auf den Irak. Unter der Führung des US-Militärs startete eine Allianz aus mehreren Staaten (die sogenannte „Coalition of the Willing“) ohne ein UN-Mandat die Invasion. Bereits am 1. Mai 2003 erklärte der US Präsident George W. Bush den Irakkrieg für beendet. Tatsächlich war die Armee von Diktator Saddam Hussein geschlagen. Jedoch sollte der eigentliche Konflikt erst beginnen. Das Leiden der Zivilbevölkerung im Irak, dauert bis heute an.

(Quelle: vgl. [https://www.lpb-bw.de/irak\\_krieg.html](https://www.lpb-bw.de/irak_krieg.html))

### Der Irak unter US-Amerikanischer Besatzung

Nachdem Saddam Husseins Truppen geschlagen waren und der Diktator verurteilt und hingerichtet wurde, eskalierte die Gewalt unter der US-Besatzung im Irak. Der Versuch, eine stabile, demokratische Regierung im Irak zu installieren, wurde durch den sich zuspitzenden Konflikt zwischen der sunnitischen Bevölkerungsminderheit und der schiitischen Bevölkerungsmehrheit extrem erschwert. Sunnitische Rebellen, welche Al-Qaida nahestanden, bildeten eine Allianz und verübten grausame Terroranschläge gegen Schiiten und die US-Besatzer. Durch das harte Durchgreifen des US-Militärs, konnten die Terroristen zunächst zurückgedrängt werden. Sie zogen sich in den Nord-Westen des Iraks zurück. Im Dezember 2011 erfüllte US-Präsident Obama eines seiner Wahlversprechen und die letzten US-Militärs verließen den Irak. Insgesamt fielen 4.500 US-Soldat\*innen. Schätzungen gehen von 100.000 getöteten Zivilisten in der Zeit der US-Besatzung aus.

(Quelle: vgl. [https://www.lpb-bw.de/nach\\_irak\\_krieg.html](https://www.lpb-bw.de/nach_irak_krieg.html))

### Der Irak nach der US-Besatzung

Nach dem Abzug der US-Truppen, schritt der Zerfall der staatlichen Ordnung rasch voran. Die sunnitischen Stämme probten den Aufstand gegen die schiitische Zentralregierung. Im Nordirak formierten sich dschihadistische Rebellen. Sie erlangten ebenfalls großen Einfluss im Nachbarland Syrien. Dort tobte ebenfalls ein Bürgerkrieg. Kämpfer des sogenannten Islamischen Staats (kurz IS), unterwanderten systematisch syrische Rebellengruppen und erlangten so großen Einfluss auf syrischem Staatsgebiet. Durch das Erstarken des IS, breitete sich dieser kurz darauf auch im Nordirak aus. Kämpfer des IS eroberten 2014 die Stadt Mossul und erbeuteten eine Vielzahl an Waffen und Geld. Die irakische Armee zog sich aus dem Gebiet zurück. Der IS errichtete daraufhin eine Schreckensherrschaft in weiten Teilen des Nordiraks. Auf heftigen Widerstand stößt der IS bei den Peschmerga. Die kurdischen Peschmerga kämpfen für ein unabhängiges Kurdistan im Norden des Iraks. Nachdem sich die irakischen Regierungstruppen zurückgezogen hatten, waren die Peschmerga auf sich allein gestellt. Waren die kurdischen Kämpfer zu Anfang dem IS hoffnungslos unterlegen, sorgte die Unterstützung des Westens dafür, dass die Peschmerga schnell zu einer schlagkräftigen Armee wurden. Die USA unterstützten die Kurden mit Waffen und bildeten die



Kämpfer\*innen aus. Seit 2014 nimmt auch die deutsche Bundeswehr an den Ausbildungsmissionen teil. Die Peschmerga wurden zudem mit deutschem Gerät ausgerüstet. Dazu zählten u.a. Panzerfäuste, Geländefahrzeuge und Sturmgewehre. Die Offensiven der Peschmerga erwiesen sich als erfolgreich. Mossul und weite Teile des Iraks wurden vom IS befreit. Auch in Syrien befindet sich die Terrormiliz auf dem Rückzug.

(Quellen: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/nordirak-bundeswehr-ausbildung-peschmerga-kurden>

<https://www.welt.de/politik/ausland/article160311223/Wissen-die-USA-welche-Kaempfer-sie-im-Irak-ausbilden.html>

<https://info.arte.tv/de/wer-sind-die-peschmerga>

<https://www.n-tv.de/politik/Als-der-IS-Mossul-ueberrannte-article15269111.html>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/naher-osten-die-sunniten-vereinen-sich-zum-aufstand-gegen-bagdad-12988722.html>)

### **Die Bundeswehr im Irak**

Nachdem die Bundeswehr die Peschmerga Kämpfer\*innen bereits 2014 in technisches Gerät eingewiesen hatten, stimmte der Bundestag am 29.01.2015 mit großer Mehrheit für eine Ausbildungsmission im Irak. Die Bundeswehr bildet seitdem irakische Streitkräfte und Sicherheitskräfte der Region Kurdistan-Irak aus. Der Bundestag stimmte einer Verlängerung des Einsatzes zuletzt am 22.03.2018 zu. Zu den Zielen der Mission gehört:

- Durchführung und Koordinierung von militärischen Ausbildungslehrgängen mit Schwerpunkt im Raum Erbil und in Abstimmung mit den internationalen Partnern der Allianz
- Verbindungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben gegenüber den Regierungen in Bagdad und Erbil sowie gegenüber ihren Sicherheitskräften und den Hauptquartieren der internationalen Allianz gegen „IS“
- Gewährleistung von Führungs-, Verbindungs-, Schutz- und Unterstützungsaufgaben für die Durchführung des Einsatzes
- bedarfsweise Koordination und Durchführung von Lieferungen humanitärer Hilfsgüter und militärischer Ausrüstung in den Nordirak
- Koordination und gegebenenfalls Durchführung von strategischem Verwundetenlufttransport sowie Behandlung verwundeter kurdischer oder irakischer Sicherheitskräfte in Deutschland

(Quelle: [http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/start/aktuelle\\_einsaetze/irak/hintergrund/!ut/p/z1/04\\_Sj9CPykssy0xPLMnMz0vMA-fljo8zinSx8QnyMLI2MXNzNjQ0cAy2CHc1cjA0MLA30wwkpiAJKG-AAjgb6wSmp-pFAM8xxm2GqH6wfpR-ViViWWKFXkF9UkpNaopeYDHKhfmRGYI5KTm-pAfrljRKAgn6LcoNxREQB2FqPX/dz/d5/L2dBI-SEvZ0FBIS9nQSEh/#Z7\\_B8LTL2922DG730AQ8SA6D30095](http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/start/aktuelle_einsaetze/irak/hintergrund/!ut/p/z1/04_Sj9CPykssy0xPLMnMz0vMA-fljo8zinSx8QnyMLI2MXNzNjQ0cAy2CHc1cjA0MLA30wwkpiAJKG-AAjgb6wSmp-pFAM8xxm2GqH6wfpR-ViViWWKFXkF9UkpNaopeYDHKhfmRGYI5KTm-pAfrljRKAgn6LcoNxREQB2FqPX/dz/d5/L2dBI-SEvZ0FBIS9nQSEh/#Z7_B8LTL2922DG730AQ8SA6D30095))

### **Bilanz des Konflikts:**

Auch nach dem Sieg gegen die Terrormiliz IS, bleibt die Lage im Irak weiterhin instabil. 2017 starben 13.187 Zivilist\*innen im Irak. Die Infrastruktur liegt in weiten Teilen darnieder, Korruption gehört zur Tagesordnung und mehr als sieben Millionen Iraker\*innen leben unterhalb der Armutsgrenze, obwohl der Irak potentiell eines der reichsten Länder der Erde ist. Der Irak bleibt tief gespalten und birgt weiteres Konfliktpotential. Auch nach seiner militärischen Niederlage, bleibt die



Dschihadisten-Miliz IS weiterhin gefährlich. Sie könnte den Wiederaufbau des Landes empfindlich torpedieren.

Quellen: (<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54603/irak>  
[https://www.lpb-bw.de/nach\\_irak\\_krieg.html](https://www.lpb-bw.de/nach_irak_krieg.html)  
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163882/umfrage/dokumentierte-zivile-todesopfer-im-irakkrieg-seit-2003/>)

## **Konflikt: Türkische Regierung vs. YPG**

### **Begründung Militäreinsatz**

Am 20. Januar 2018 begann die türkische Armee mit einer Militäroffensive in Nordsyrien, um die dort stationierten kurdischen Militärverbände der YPG (Volksverteidigungseinheiten) zu vernichten. Die Operation trägt den Namen „Olivenzweig“.

Die Türkei beschuldigt die YPG, in engem Kontakt mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zu stehen und beruft sich auf ihr Selbstverteidigungsrecht, um terroristisch motivierte Übergriffe der YPG auf türkisches Territorium zu verhindern.

Die Türkei hat keinen Beweis für einen bewaffneten Angriff von Nordsyrien bzw. von der YPG auf ihr Staatsgebiet vorgelegt, was nötig wäre, um sich auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 UN-Charta berufen zu können. Der Artikel unterliegt außerdem einer Verhältnismäßigkeit im Einsatz zur Selbstverteidigung. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat erhebliche Zweifel, ob der Militäreinsatz auf fremdem Staatsgebiet diesen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch wahrt.

### **Verlauf**

Nach dem Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien brachte die türkische Armee im Verlauf des Februars 2018 mehrere Dörfer um Afrin herum unter ihre Kontrolle.

Am 24.02.2018 beschloss der UN-Sicherheitsrat einstimmig eine 30-tägige Waffenruhe in Syrien, von der der IS ausgeschlossen ist. Ungeachtet dieser Resolution fuhr die Türkei mit der Militäroperation fort.

Am 13.03.2018 gab die Türkei den Einschluss von Afrin bekannt. Die Strom- und Wasserzufuhr in die Stadt wurden unterbrochen. Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte sind 300.000 Menschen in der Stadt eingeschlossen.

Die türkische Regierung gab bekannt, nach der Einnahme von Afrin die Militäroperation auf den Nordirak auszuweiten. Nach den bevorstehenden Wahlen im Irak könnte die Türkei ein Bündnis mit der irakischen Regierung suchen, um gemeinsam gegen die Kurden im Nordirak vorzugehen.

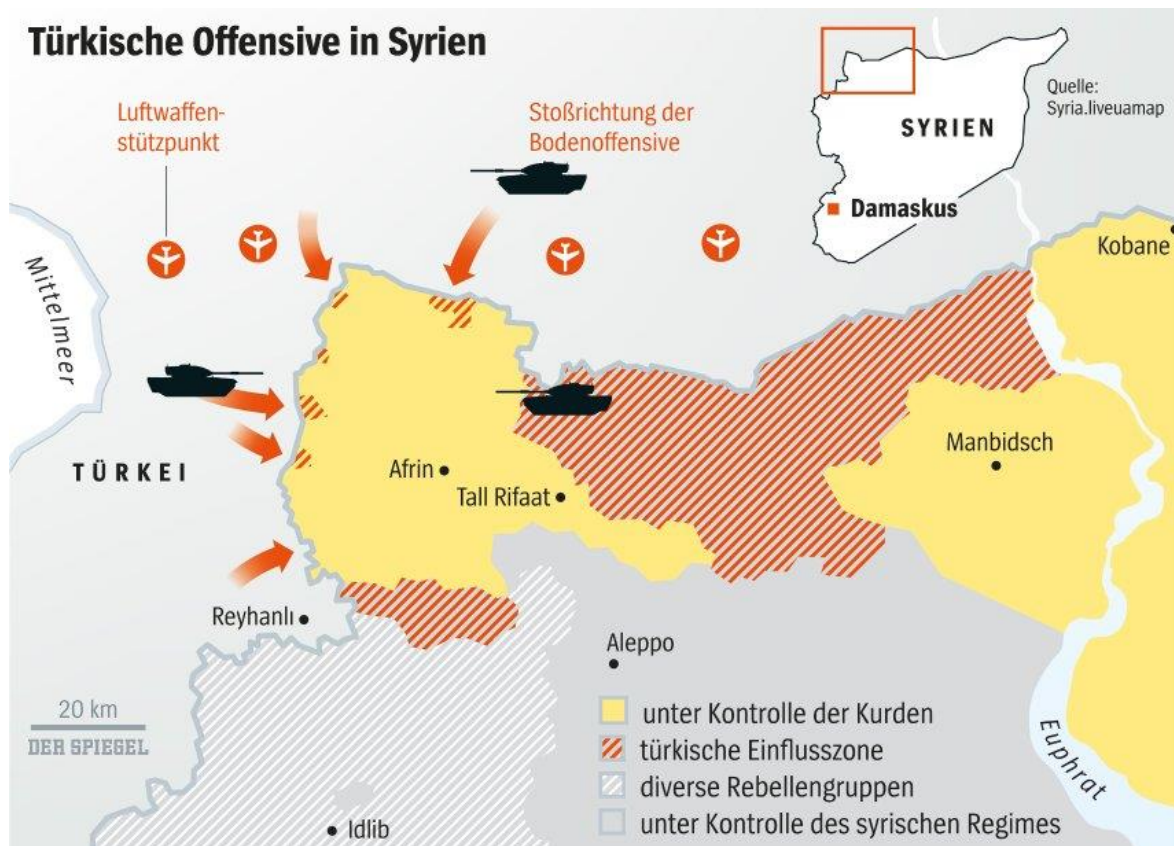
### **Situation Nordsyrien / YPG**

Die Kurden kontrollieren in Nordsyrien 4 Kantone, in denen sie nach eigenen Angaben einen Kurdenstaat mit Namen Rojava errichten wollen. Das Kanton um Afrin ist dabei eine Enklave und vom restlichen von den Kurden kontrollierten Gebiet abgetrennt.

Ein weiteres Vorgehen der türkischen Armee im Nordosten Syriens könnte die Türkei in direkten Konflikt mit den USA bringen, die in Manbidsch stationiert sind.

Die USA sind bisher Verbündete der Kurdenmiliz. Bisher äußert sich die amerikanische Regierung nicht zu den Militärplänen der Türkei. Die US-Regierung hat aber Interesse an einer militärischen Präsenz in Nordsyrien, um ihren Einfluss in der Region gegen Russland, das das Regime von Präsident al-Assad in Damaskus stützt, zu behaupten. Allerdings werden die USA die YPG kaum im Kampf um Afrin unterstützen und eine direkte Konfrontation mit der Türkei suchen.

Selbst wenn die Türkei Afrin militärisch einnimmt, bleibt die Situation danach ungeklärt. Die Mehrheit der Bevölkerung in der Stadt sind Kurden, die eine dauerhaft türkische Besatzung kaum hinnehmen wird.



## Die YPG

Die YPG ist die bewaffnete kurdische Miliz in Syrien. Sie hat verschiedene mehrheitlich kurdisch besiedelte Gebiete in Nordsyrien unter ihrer Kontrolle. Die YPG gilt als bewaffneter Arm der kurdisch-syrischen Partei der Demokratischen Union (PYD). Sie sind die syrische Fraktion der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Allerdings erklärt die Führung der YPG PYD und PKK zwar nahe zu stehen, aber unabhängig von ihnen zu sein und nicht der PKK anzugehören. 2014 errichtete die PYD in Syrien drei Kantone. Sie tragen den Namen Rojava („Westkurdistan“) und werden von der der PYD regiert. In diesen Kantonen stellt die YPG De-facto-Armee dar. Die Macht in Rojava liegt bei den PYD/YPG und ihrer Dachorganisation PKK.

Die YPG wird von der Türkei als terroristische Vereinigung eingestuft. Dieser Einschätzung folgten die westlichen Alliierten der Türkei allerdings nicht. Durch das Einwirken der USA gehört die YPG seit 2015 zu den sogenannten Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) und sind deren Hauptkraft. Dank der Unterstützung westlicher Verbündeter gelang es der YPG, großen Einfluss in Nordsyrien zu erlangen. Die USA etwa schlugen Angriffe von Truppen Assads auf Stellungen der YPG zurück. Zwar bekennt sich die YPG offiziell zu Demokratie und Freiheit. Aber Oppositionelle werden in den Kurdengebieten verfolgt und Menschen (auch Kinder) werden zwangsrekrutiert.

## Waffenlieferungen

Zwar gelobte die Bundesregierung die Rüstungsexporte in die Türkei zu reduzieren, nach Spiegel-Informationen jedoch, wurde bis in die jüngste Zeit die Ausfuhr von Kriegsgerät bewilligt. Das türkische Militär rückt mit deutschen Leopard 2 Kampfpanzern in das Gebiet der YPG vor. Dies ist unbestritten und wurde selbst von Ankara bestätigt. Somit befindet sich deutsches Gerät im Kampfeinsatz gegen die Kurden in Nordsyrien.

Entgegen mancher Vermutungen, kämpft die YPG selbst nicht mit deutschen Waffen. Die Bundesregierung hatte zwar Waffensysteme an die kurdische Peschmerga-Miliz im Nordirak geliefert, diese wurden aber gemäß Vereinbarung nicht an Dritte weitergegeben. Die Kurdenmiliz YPG in Syrien kann in ihrem Kampf gegen die einmarschierten türkischen Truppen nach eigenen Angaben nicht auf Waffen zurückgreifen, die Deutschland den Kurden im Nordirak geliefert hat. Die Bundeswehr hatte kurdische Peschmerga-Kämpfer im Nordirak mit Gewehren und Panzerabwehrwaffen ausgerüstet, um deren Vorgehen gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zu unterstützen. Ein hochrangiger YPG-Kommandeur sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Die Peschmerga und die YPG haben seit langem ein schlechtes Verhältnis. Und die Peschmerga sind nicht dazu bereit, ihr Verhältnis zur Türkei und zu anderen zu gefährden, um den Hals der YPG oder anderer syrisch-kurdischer Parteien zu retten.“

Forum DL21 e.V., Müllerstraße 163, 13353 Berlin

## PRESSEMITTEILUNG

# Mattheis: Wir stolpern konzeptionslos in verstärkte Militäreinsätze

*Berlin, 21.03.2018 – Am morgigen Sitzungstag stimmt der Bundestag über die Verlängerung zahlreicher Einsätze der Bundeswehr ab. Die Bundesvorsitzende der DL21 und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis sieht die verstärkte militärische Präsenz kritisch.*

„Jahr für Jahr verlängern wir die Einsätze der Bundeswehr und jetzt soll die Präsenz auch noch verstärkt werden: Die Bundesregierung beantragt nun, rund 3200 Soldatinnen und Soldaten in Kriegsgebiete zu entsenden.“, erklärte Hilde Mattheis. „Angesichts dieser Ausweitung können die Abgeordneten, aber vor allem die betroffenen Soldatinnen und Soldaten und ihre Angehörigen erwarten, dass ein schlüssiges Konzept zur erfolgreichen Beendigung dieser Einsätze vorliegt. Das bleibt die Verteidigungsministerin schuldig.“ Nur mit der Veränderung der Sicherheitslage zu argumentieren und an unsere Verantwortung zu appellieren, wie es die Verteidigungsministerin tue, sei angesichts der Zunahme der Krisen eine sehr dünne Argumentation.

Außerdem sei es äußerst zweifelhaft, dass die Unterstützung der Sicherheitskräfte vor Ort mehr Sicherheit und Stabilität bringe. Das sei durch vergangene Mandate nicht belegt.

„Die Bundeswehr ist seit über 15 Jahren im Einsatz in Afghanistan. Das Land wurde bis heute nicht ausreichend stabilisiert. Woher nimmt die Bundesregierung die Gewissheit, dass das in einer mindestens genauso instabilen Region wie Irak gelingt?“, fragte Mattheis kritisch. „Es muss doch ein Warnsignal an den Bundestag und die Bundesregierung sein, wenn die Bundeswehr selbst die schlechte Ausrüstung, fehlende strategische Konzepte und naive politische Ziele moniert. Hier müssen wir ein Stoppschild setzen.“